

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 398 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag
09.12.2009**

GRÜNE: Regierungspläne zur Kooperation von Haupt- und Realschule unzureichend

Alle Schulformen müssen Weg zum Abitur offenhalten

Als "vollkommen unzureichend" hat die schulpolitische Sprecherin der Landtagsgrünen **Ina Korter** die Pläne der Landesregierung für die weitere Zusammenarbeit von Haupt- und Realschule bezeichnet. "Die Schulpolitik der Regierung Wulff segelt weiter am Bedarf und an den Interessen der Eltern vorbei", sagte die Grünen-Politikerin am Mittwoch (heute) in Hannover. "Mit den angekündigten Maßnahmen gibt es keinen Ausweg aus der schulpolitischen Sackgasse, in die CDU und FDP Niedersachsen hinein manövriert haben!"

"Die Eltern wollen eine Schule, die den Weg zum Abitur offenhält und in der jedes Kind individuell gefördert wird", sagte Korter. Auch eine zusammengelegte Haupt- und Realschule werde diesen Wünschen nicht gerecht. "Dieses Modell wird genauso zur Restschule werden, wie es die Hauptschule schon heute ist", sagte die Grüne.

Das zeige auch die Entwicklung in Schleswig-Holstein. Dort werde die Gemeinschaftsschule von den Eltern weit besser angenommen als die Regionalschule, in der Haupt- und Realschule zusammengefasst worden seien. Auch viele CDU-regierte Gemeinden würden sich deshalb dort für die Gemeinschaftsschule entscheiden.

Korter forderte die Landesregierung auf, endlich die Hürden für die Neugründung von Gesamtschulen beiseite zu räumen, statt mit immer neuen Maßnahmen zu versuchen, vom gegliederten Schulsystem zu retten, was doch nicht mehr zu retten ist.